

**Impulsvortrag von Wolfgang Freter, Referatsleiter Rechtsextremismus und
Prävention beim Verfassungsschutz Niedersachsen, am 15.08.2018 in
Hannover beim Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes
zum Thema „Facebook, Instagram und Co. – Die Bedeutung Neuer Medien für
Extremismus und Prävention“**

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrte Damen und Herren,

**welche Auswirkungen haben die neuen Kommunikationsstrukturen auf die
Präventionsarbeit?**

Vorbemerkung: Technischer Fortschritt und gesellschaftlicher Wandel

*„Einszweidrei, im Sauseschritt
Läuft die Zeit; wir laufen mit.“*

Wilhelm Busch dichtete diese Zeilen im Jahr 1877. Sie geben das Lebensgefühl der damaligen Zeit wieder. Die Menschen waren einer Beschleunigung ihres Lebens ausgesetzt; sie fühlten sich gewissermaßen durch die Zeit bewegt. Ursache war die industrielle Revolution, die die Lebensbedingungen und die gesellschaftlichen Strukturen grundlegend veränderte. Mechanisierung, Verstädterung und Landflucht sind nur einige Stichworte für diesen Wandel. 1907 lebte nicht einmal mehr die Hälfte der Bevölkerung in dem Ort ihrer Geburt.¹ Überliefertes verlor an Bedeutung, Unsicherheit griff um sich. Die gesellschaftliche und politische Ordnung geriet zunehmend in eine Legitimationskrise, herausgefordert durch die neuentstandene, immer selbstbewusster ihre Rechte einfordernde Arbeiterbewegung. 1878 reagierte Bismarck auf die oppositionelle Herausforderung mit einem Sondergesetz gegen die Sozialdemokratie, dem sogenannten Sozialistengesetz.

¹ Volker Hentschel: Industrielle Revolution, soziale Frage und kleindeutsche Reichsgründung; in: Ploetz. Deutsche Geschichte. Hrg. v. Werner Conze und Volker Hentschel. Darmstadt 1998, S. 216.

Heute befinden wir uns erneut in einer Epoche grundlegenden technologischen Wandels. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer digitalen Revolution, die einhergeht mit einem beschleunigten Trend der Globalisierung. Ein tiefgreifender Wandel der Arbeitsverhältnisse findet statt, Berufsfelder werden entwertet, Teile des Produktionsprozesses in andere Länder ausgelagert. Verunsicherung, Ohnmacht, Entwertungsgefühle und Zukunftsangst sind in den zunehmend komplexer und damit unübersichtlicher werdenden westlichen Gesellschaften zu beobachten. Einige Politikwissenschaftler vertreten sogar schon die These von einem postdemokratischen Zeitalter. Extremisten und Populisten scheinen Teilen der Bevölkerung in dieser Situation mit ihren ebenso einfachen wie undifferenzierten Parolen Orientierung geben zu können. Sie werden damit zu einer Herausforderung für die Demokratie.

Die politische Makroebene ist sicher nicht das Gestaltungsfeld der Präventionsarbeit, aber die Entwicklung, die Akzeptanz und die Wirkung von Präventionsmaßnahmen bleiben hiervon nicht unberührt. Präventionsarbeit, die die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausklammert, ist unzulänglich.

Auswirkungen der veränderten Informations- und Kommunikationstechnologie auf den Extremismus

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf einen Teilbereich des technologischen Wandels, auf die fundamental veränderten Kommunikations- und Informationsstrukturen. Unter verschiedenen Stichworten gehe ich zunächst auf die mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen einzelner Aspekte des kommunikativen Wandels auf den Extremismus ein, um daran anschließend die Konsequenzen für die Präventionsarbeit zu erörtern. Es werden Trends aufgezeigt. Weil die positiven Aspekte der veränderten Kommunikations- und Informationsstruktur ausgeklammert werden, entsteht zwangsläufig ein einseitig negatives Bild. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die subversive Wirkung des Internets eine Herausforderung und Machtgefährdung für jede Autokratie und jede Diktatur darstellt. Die Herrschenden reagieren mit zum Teil rigorosen Repressionsmaßnahmen. In Demokratien, für die

die Meinungsfreiheit konstitutiv ist, stellt das Netz einerseits eine nicht mehr wegzudenkende Bereicherung dar, andererseits gilt es, in angemessener Weise auf die negativen Konsequenzen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die innere Sicherheit zu reagieren.

- Stichwort: Fragmentierung des Informationsverhaltens

Die Informationsfülle im Internet führt zu einem stark differierenden Informationsverhalten. Jeder bedient sich nach eigenem Gusto und eigenen Interessen aus diesem Füllhorn. Hinzu kommt ein grundlegender intergenerationeller Unterschied. Während die internetaffinen Angehörigen der jüngeren Generation vorrangig die neuen Medien als Informationsquelle nutzen, orientieren sich ältere Menschen mehrheitlich an den traditionellen Medien. Grundlage für demokratische Meinungsbildung und politische Partizipation ist ein vergleichbarer Informationsstand auf der Basis seriöser und überprüfbarer Informationsvermittlung. Wenn dies nicht mehr garantiert ist – und dies ist zu befürchten –, droht der Verlust gesellschaftlichen Zusammenhalts.

- Stichwort: Beschleunigung / Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen

Der Nutzer ist durch das Netz einer Informationsflut von einem vor kurzem noch ungeahnten Ausmaß ausgesetzt. Ständig neue Meldungen konfrontieren ihn mit Ereignissen jenseits seines sozialen Erfahrungshorizonts und seines Beurteilungsvermögens. Es werden Gefahrenszenarien heraufbeschworen, deren Tragweite er nicht einzuschätzen vermag. Auf diese Weise entsteht ein Klima diffuser Ängste. Salafistische Attentäter machen sich diesen Mechanismus zunutze. Sie wissen, dass Bilder von Anschlägen sofort um die ganze Welt verbreitet werden und einen Kreislauf der Angst erzeugen. Die von Extremisten propagierten einfachen Wahrheiten und Erklärungen sind ein niedrighwelliges Orientierungsangebot für Menschen, die sich in einer zunehmend komplexer werdenden Welt nicht mehr zurechtfinden.

- Stichwort: Entthemmung

Das Netz hat der Verbreitung von Hass, Menschenverachtung und Herabwürdigung die Schleusen geöffnet. Zuweilen registriert der Beobachter wahre Orgien des Hasses bis hin zu Tötungsphantasien. Ein solches Klima menschenverachtender Hetze ist ein Substrat, auf dem der Extremismus gedeihen kann.

Entindividualisierung, die Negation des Eigenwertes eines Menschen, ist ein extremistisches Grundschema. Dies gilt für die rechtsextremistischen Feindbilder Juden, Flüchtlinge, Einwanderer, Muslime ebenso wie für Feindbilder des Linksextremismus – Polizisten, Soldaten, Unternehmer – oder für das weitgefasste Feindbild des Ungläubigen im Fall des Salafismus. Carolin Emcke beschreibt die Wirkung wie folgt: „Der Hass ist nicht nur ein persönliches Gefühl, sondern er wird vorbereitet durch Filme, Bilder, Texte, Begriffe, die wieder und wieder zitiert werden, bis sie bestimmte Menschen oder Gruppen nur noch als etwas Gefährliches oder Krankes oder Böses vorstellbar machen.“²

Terror ist die ideologisch überhöhte Form von Gewalt gegen Personen. Der entmenschlichende Hass verleiht ihm die Legitimationsbasis. Wer Terror also ursächlich bekämpfen möchte, muss sich bereits früh mit dem entmenschlichenden Hass auseinandersetzen.

- Stichwort: Ästhetik des Extremismus bzw. der Gewalt

Extremisten bedienen sich im Netz einer wirkmächtigen Bilder- und Symbolsprache. Sie haben einen Code der Verständigung entwickelt, der kaum der Worte bedarf. Videografierte spektakuläre Aktionen und Gewaltinszenierung sprechen eine jüngere Zielgruppe auf der emotionalen Ebene an. Die Bandbreite reicht von der zum Teil bestialisch-sadistischen Werbung des islamischen Staates, über die Inszenierung linksextremistischer Gewaltexzesse anlässlich des G-20-Gipfels bis zu den Aktionen der IBD, z.B. die Besetzung des Brandenburger Tores. Die suggestive Anziehungskraft dieser im Netz dargebotenen Erlebniswelten resultiert aus ihrer Inszenierung als Gegenwelt zu einer als sinnentleert empfundenen, ungerechten und vom Materialismus geleiteten Gesellschaft.

² Gespräch mit Carolin Emcke, in: Der Spiegel, Nr. 42/2016, S. 137.

- Stichwort: Entgrenzung

Mit Einführung des Web 2.0 hat die Abgrenzung zwischen extremistischen und nichtextremistischen Bereichen an Trennschärfe verloren. In Internet-Foren mischen sich die Stimmen von Extremisten und Nichtextremisten. Extremisten bietet sich hierdurch die Möglichkeit, Meinungsbildungsprozesse gezielt zu beeinflussen. Als Resultat nimmt die politische Anschlussfähigkeit extremistischer Positionen zu. Insbesondere im Graubereich zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist das Entstehen einer Art von Gegenöffentlichkeit zu beobachten. Eine eng miteinander verknüpfte Allianz, zu der Internet-Plattformen wie PI-News, Organisationen wie die IBD, Kundgebungen wie die Pegida-Demonstrationen und neurechte Autoren bzw. Verlage gehören, ist bemüht, die Diskurshoheit zu erringen und Begriffe zu bestimmen, indem z. B. die Begriffe Islam und Islamismus systematisch gleichgesetzt werden oder der Begriff Flüchtling ausschließlich pejorativ verwendet wird. Zur Strategie, das Meinungsklima zu beeinflussen, gehört auch das sofortige Schalten von Kampagnenseiten, sofern Flüchtlinge tatsächlich oder vermeintlich Straftaten begangen haben. Der stereotyp wiederholte Kampfbegriff Lügenpresse hat in diesem Zusammenhang strategische Bedeutung. Er resultiert nicht etwa aus einer Besorgnis aufgrund einer angeblich fehlenden objektiven Berichterstattung, sondern er soll das politische System delegitimieren.

Auch in räumlicher Hinsicht findet eine Entgrenzung statt. Landesgrenzen und damit einhergehend nationale Sanktionsmöglichkeiten verlieren an Bedeutung.

Internetseiten werden im Ausland gehostet, indizierte rechtsextremistische CDs werden über ausländische Vertriebe angeboten, Linksextremisten mobilisieren für Demonstrationen wie gegen den G20-Gipfel länderübergreifend, und salafistische Hetzprediger wirken von außerhalb der Grenzen auf das Geschehen in Deutschland ein.

Zur Entgrenzung gehört aber auch, dass den Menschen in Afrika und Asien über das Netz das Wohlstandsgefälle zwischen den Kontinenten vor Augen geführt wird. Die Sehnsucht nach Gerechtigkeit und einem besseren Leben in materieller Sicherheit findet damit Tag für Tag neue Nahrung. Abschottung wird diesen Menschen ihre Sehnsucht nicht nehmen können, zumal ihnen von an Geschäften interessierten Schleusern über das Netz illusionäre Vorstellungen von einer Zukunft im gelobten goldenen Europa vermittelt werden.

- Stichwort: Neue Organisationsformen / Bewegung statt fester Organisationsstrukturen

Parallel zum Bedeutungszuwachs der neuen Medien haben sich extremistische Organisationsstrukturen grundlegend gewandelt. Festzustellen ist ein Trend weg von starren Organisationsstrukturen hin zu Modellen mit Bewegungscharakter und zu Aktionsbündnissen von häufig nur temporärer Bedeutung. Solche Bewegungen sind meistens heterogen und deswegen schwieriger mit Extremismuskategorien zu erfassen als in sich homogene Zusammenschlüsse. Die Verfassungsschutzbehörden befinden sich hierüber in einem Diskussionsprozess. Gleichwohl beinhaltet die beschriebene Entwicklung ein demokratiegefährdendes Potential.

Das Entstehen der IBD und die Verbreitung der Reichsbürgerideologie wäre ohne das Netz nicht möglich gewesen. Neonazistische Zusammenschlüsse kompensieren ihre personelle Schwäche durch Kontakte über größere Distanzen hinweg. Die Gefahr des Salafismus resultiert nicht zuletzt auch aus einem weltweit operierenden virtuellen Netz von salafistischen Predigern und Propagandisten, ohne das es die Ausreisewelle von jungen Kämpfern nach Syrien und Irak nicht gegeben hätte.

- Stichwort: Ausländische Einflussnahme durch gezielte Desinformation

Es besteht ein begründeter Verdacht, dass ausländische Staaten das Wahlverhalten zu beeinflussen versuchen, indem sie über das Netz mit gezielt gesteuerten Meldungen die Stimmung zu beeinflussen versuchen. Solche in der Regel Populismus stärkende Manipulationsversuche sind eine zusätzliche Gefahr für demokratische Meinungsbildungsprozesse.

- Stichwort: Unterlaufen sozialer Kontrollmechanismen

Von Aussteigerhelfern wird immer wieder berichtet, dass von ihnen betreute Jugendliche über Internetkontakte erstmals mit dem Extremismus in Berührung gekommen sind. Solche Kontakte erfolgen zumeist ohne Wissen der Eltern oder anderer sozialer Kontrollinstanzen. Extremisten, insbesondere Salafisten, entwickeln ausgefeilte Propagandamethoden, um solche nach Sinn suchende, häufig noch ungefestigte Jugendliche aus prekären sozialen Verhältnissen anzusprechen.

- Stichwort: Entwertung von Sanktionsmöglichkeiten

Bewährte Sanktionsmittel wie die Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien haben an Wirkung eingebüßt, weil das Netz die Möglichkeit bietet, solche Maßnahmen zu unterlaufen. Rechtliche Regelungen auf nationaler Ebene stoßen an Grenzen, rechtlicher Handlungsbedarf auf internationaler Ebene ist erforderlich.

Seit vielen Jahren schon sind nahezu alle zentralen Schriften des Nationalsozialismus und der geschichtsrevisionistischen Literatur über das Netz abrufbar. Gleiches gilt für die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythen- und Legendenbildung und der Verbreitung von Verschwörungstheorien ist damit Tür und Tor geöffnet. Zu erwarten ist, dass über das Internet ein Kampf über die Deutung der Geschichte ausgefochten wird. Wer die Geschichte deutet, interpretiert auch die Gegenwart, sind Rechtspopulisten und Autoren der neuen Rechten überzeugt. Sie rekurren auf historische Traditionslinien, die nicht zum demokratischen Erbe gehören. Die Vermittlung von historischem Wissen ist deshalb ein wichtiges Anliegen der Präventionsarbeit.

- Stichwort: Wirkungsverlust operativer Maßnahmen

Bei den eingesetzten operativen Mitteln handelt es sich in der Regel um einen Mix aus menschlichen Informanten (Quellen), Observationen und in besonderen Fällen von G-10-Maßnahmen. Dieses Instrumentarium hat sich in der Vergangenheit bewährt. Immer größere Bedeutung aber haben mittlerweile das Netz und die modernen Kommunikationsmittel erlangt. In diesem Bereich darf keine Erkenntnislücke entstehen, wenn der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem funktionieren soll. Das operative Instrumentarium ist entsprechend neu zu justieren. Dies ist umso dringlicher, weil es vermehrt Hinweise darauf gibt, dass über das Netz Personen miteinander in Kontakt treten, bei denen eine terroristische Handlungsabsicht nicht ausgeschlossen werden kann.

Konsequenzen für die Prävention

Lassen Sie mich zunächst auf die Frage nach dem Selbstverständnis eingehen, mit dem Prävention betrieben wird. Was kann Prävention leisten? Was sollte Prävention leisten? Wodurch ist Prävention überhaupt gerechtfertigt? In Hinsicht auf die Verhinderung von Gewalttaten ergibt sich die Antwort von selbst. Aber wie verhält es sich mit der ideologischen Auseinandersetzung? Haben wir das Recht Meinungen zu zensieren?

Der Soziologe Ralf Dahrendorf stellte in einem Gespräch mit dem Spiegel ebenso nüchtern wie ernüchternd fest:

„Es stellt sich heraus, dass Demokratie und Marktwirtschaft kalte Projekte sind, eisige Projekte. Das sollen sie auch sein, sie sollen nicht das Herz bewegen. Der Versuch, Demokratie oder Marktwirtschaft herzerwärmend zu ideologisieren, ist ein Irrtum. Beide bieten Mechanismen, Konflikte gewaltlos zu bewältigen, mehr nicht.“³

Dahrendorf bezog sich mit diesen Worten auf fremdenfeindliche Tendenzen in ehemals kommunistischen Ländern, wo er einen „Fundamentalismus und Nationalismus im Sinne von Stammesnationalismus“ feststellte. Als „Weltproblem“ registrierte er einen „Drang zum homogenen Nationalstaat“. Unter Anspielung auf den Begriff Verfassungspatriotismus äußerte er, dass der Wunsch, die „Verfassung der Freiheit mit ein bisschen Weihrauch zu umgeben“, vergeblich sei.

Die Vermittlung von Kenntnissen über den Funktionalismus einer demokratischen Ordnung und die Artikel des Grundgesetzes reicht also nicht aus. Es handelt sich um Wissensvermittlung, aber nicht um Prävention.

Der Ansatz und die Legitimation von Präventionsarbeit resultiert vielmehr aus der Wertegebundenheit der demokratischen Grundordnung. Carlo Schmid, Vorsitzender des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates, erläuterte die Grundvorstellungen, die den Parlamentarischen Rat bei der Erarbeitung des maßgeblich von ihm mitgestalteten Grundgesetzes leiteten:

„Für die von uns angestrebte demokratische Grundordnung sollten Gleichheit und Freiheit der Bürger die oberste Leitlinie sein. Doch es gehört nicht zum Begriff der Demokratie, legale Voraussetzungen für die Möglichkeit ihrer Beseitigung zu schaffen... Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt bloßer Zweckmäßigkeitserwägungen, wo man den Glauben hat, dass sie für die Würde des

³ Gespräch mit Ralf Dahrendorf, in: Der Spiegel, Nr. 3, v. 18.01.1993, S. 23.

*Menschen unverzichtbar ist. Wenn man den Mut zu diesem Glauben hat, muss man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber haben, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie selbst umzubringen.*⁴

Schmid stellt also Demokratie und Menschenwürde in einen sich bedingenden Zusammenhang. Bemerkenswerterweise verwendet er die Formulierung Glauben. Glauben ist kein naturwissenschaftliches Wissen. Er erfordert Überzeugung und ein ständig wiederholtes Bekenntnis, ein fortwährendes Bekräftigen. Folgt man der Logik der Schmid'schen Argumentation, die Demokratie und Menschenwürde miteinander verknüpft, dann unterliegt derjenige, der politische Macht ausübt oder anstrebt, um eine ausgrenzende und diskriminierende politische Agenda zu verwirklichen, dem Gebot der Intoleranz. Der Verfassungsschutz hat also sehr wohl Grund, sich mit nicht Gewalt ausübenden Extremisten zu beschäftigen.

Die Würde des Menschen und die Menschenrechte, das ist auch unsere Überzeugung, sind der Bezugspunkt einer jeden Präventionspolitik im Bereich des Extremismus. Grundrechte wirken nicht von sich aus, ihre Geltendmachung erfordert ein aktives Handeln und Gestalten. Sie müssen gewissermaßen zum Leben gebracht werden.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble bemerkte hierzu:

*„Das Grundgesetz garantiert Rechte; Werte garantieren kann es nicht – Achtung, Anstand, Respekt. Respekt davor, dass jeder berechtigt ist, sein Leben so zu leben, wie es ihm gefällt, seine Meinung zu sagen, seinen Glauben zu leben, frei zu sein, solange er dabei nicht die Freiheit anderer einschränkt, solange er nicht gegen Recht und Gesetz verstößt. ... Ohne klare Grenzen wäre Toleranz nicht mehr als Ignoranz und Beliebigkeit.*⁵

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört es, den von mir geschilderten verhängnisvollen Kreislauf von Hass, Gewalt und Terror rechtfertigender ideologischer Überhöhung zu zerschlagen. Selbstverständlich sind hierzu alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und gegebenenfalls neue rechtliche Regelungen anzustreben. Eine Auseinandersetzung mit den Ursachen indes ist dies nicht. Sie setzt sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung voraus. Erfolgreiche Präventionsarbeit

⁴ Carlo Schmid: Erinnerungen. Bern, München u. Wien 1980, S. 360f.

⁵ Wolfgang Schäuble: An Auschwitz scheitert jede Gewissheit. Gedenkstunde anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 31. Januar 2018. In: Das Parlament, Nr. 6-8, v. 05.02.2018, Debattendokumentation, S. 2.

wiederum erfordert den engen Austausch mit der Wissenschaft. Für die Rolle des Verfassungsschutzes als Präventionsakteur ist entscheidend, dass er sich seinerseits der Wissenschaft öffnet und auf eigene wissenschaftliche Expertise zurückgreift. Nur wenn diese Voraussetzungen gewährleistet sind, können die umfangreichen Verfassungsschutzmaterialien in gebührender Weise Berücksichtigung finden

Bei der Frage nach den Mitteln der Präventionsarbeit lautet die häufigste Antwort: politische Bildung. Sie muss mehr sein als bloße Wissensvermittlung. Der hannoversche Sozialphilosoph Oskar Negt hält es für erforderlich, dass sie „das Besondere der je eigenen Lebenswelt mit dem Allgemeinwohl der Gesellschaft dialektisch in Zusammenhang“⁶ bringt. Ansätze, die soziale Wirklichkeiten und individuelle Erfahrungen unberücksichtigt lassen, sind wenig erfolgversprechend. Die Biographiearbeit, die Aussteigerhelfer leisten, folgt diesem Grundsatz.

Präventionsarbeit muss an die Alltagserfahrungen der Menschen anknüpfen, sie muss die Menschen, so lautet ein viel zitierter Satz, dort abholen, wo sie sich befinden. Der niedersächsische Verfassungsschutz verfolgt, von dieser Erfahrung geleitet, zielgruppenspezifische Präventionsansätze. Genderspezifische Konzepte befinden sich in der Erarbeitung. Mit Blick auf das Medienverhalten der jüngeren Generation besteht ein dringender Bedarf, neue Ansätze für Präventionsmaßnahmen in oder über das Netz zu entwickeln. Wir richten unsere Bemühungen auch hierauf. Das Festhalten am Alten, die Wiederholung des immer Gleichen, hilft ebenso wenig weiter wie ein personifizierter Präventionsansatz, etwa durch das Outing einzelner Extremisten. Eine differenzierte Analyse muss am Anfang eines jeden Präventionsansatzes stehen. Zu sehr unterscheiden sich die Phänomenbereiche untereinander, aber auch in sich selbst, als dass es einen Generalansatz geben könnte. Nicht jeder Rechtsextremist ist ein Nazi, nicht jeder Salafist ein Dschihadist und nicht jeder Linksextremist ein gewaltbereiter Autonomer.

Weil der Extremismus so wandlungsfähig ist und weil wir es mit sehr unterschiedlichen Personen und Phänomenen zu tun haben, müssen verschiedene Institutionen und Disziplinen zusammenwirken, um möglichst viele Facetten abzudecken. Über die Jahre hat sich in Niedersachsen eine bewährte interdisziplinäre und ressortübergreifende Präventionslandschaft unter Einbindung

⁶ Gespräch mit Oskar Negt, in: Der Spiegel, Nr. 32, v. 09.08.2010, S. 99.

zivilgesellschaftlicher Akteure herausgebildet. Es ist nicht selbstverständlich, aber der Sache dienlich, dass der niedersächsische Verfassungsschutz ein akzeptierter Partner in diesen Reihen ist. Wir wissen das uns entgegengebrachte Vertrauen zu schätzen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang insbesondere die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat.

Die Stärke des Verfassungsschutzes als Fachbehörde für Extremismus resultiert aus der umfangreichen Materialgrundlage, über die er verfügt. Sachbearbeiter widmen sich Tag für Tag Einzelorganisationen und spezifischen Aspekten des Extremismus. Mit dieser Kontinuität und Einblickstiefe kann keine andere Institution konkurrieren. Unsere Aufgabe ist es, den Präventionsgedanken bei der Beschaffung und Auswertung zu berücksichtigen und andere Präventionsträger an unserem Wissen partizipieren zu lassen. Auch wenn wir nicht jeden Extremisten erreichen können, so hat doch auch die von uns intensiv betriebene Aufklärung über extremistische Entwicklungen, z. B. durch Ausstellungen, einen generalpräventiven Wert, weil sie die Abwehrkräfte der Zivilgesellschaft stärkt.

Die Anfälligkeit vieler Menschen für autokratische Herrschaftsmodelle, die wir derzeit auch in Europa beobachten, und die menschliche Fähigkeit, selbst perverse, menschenverachtende Grundsätze mit eiskalter Logik zu exekutieren, wie es „schreckliche Juristen“ während der nationalsozialistischen Diktatur ohne Unrechtsbewusstsein taten, sind Belege dafür, dass Extremismus-Prävention und politische Bildung Daueraufgaben sein müssen. Lassen Sie mich deshalb zum *Abschluss als Appell noch eine weitere These von Oskar Negt zitieren:*

„Demokratie muss gelernt werden – immer wieder, tagtäglich, ein Leben lang. Die Menschen werden nicht als politische Wesen geboren. Der Mensch als Zoon politikon, als politisches Lebewesen im Sinne von Aristoteles, ist das Ergebnis eines ständigen Erziehungs- und Lernprozesses, nicht eine anthropologische Konstante. ... (D)ie Verbindung von Bildung und Demokratie ist einzigartig. Sachwissen, Berufsqualifikation ist mit jeder Gesellschaftsverfassung vereinbar, auch mit einer totalitären; politische Bildung dagegen nur mit einer demokratischen Ordnung, denn ihr Ziel ist der mündige, aufgeklärte Bürger, der es wagt, sich seines Verstandes ohne Anleitung anderer zu bedienen.“⁷

⁷ Ebenda